



Erneuerungsprogramm Kreissschulpflege Veltheim-Wülflingen am 18. Mai 2014

Am 18. Mai 2014: René Schürmann als Präsident der Kreissschulpflege Veltheim-Wülflingen
www.reneschuermann.ch

Zwang oder sinnvoll?

Soziale Projekte gefährdet

Winterthur: Sollte am 18. Mai die Kirchensteuer für juristische Personen im Kanton Zürich abgeschafft werden, «müssten wir Dienstleistungen, die der Allgemeinheit dienen, radikal zusammenstreichen», ist Peter Meier vom reformierten Stadverband in Winterthur überzeugt. Bütlerwörter Yves André Collet, Co-Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Zürich, fordert hingegen eine konsequente Trennung von Kirche und Staat: «In anderen Kantonen können sich die Kirchen auch selbst finanzieren.» sagt.

Seite 32

Dienst

Stadtarbeitsgruppe
22.4.14

Wird am 18. Mai im Kanton Zürich die Kirchensteuer für juristische Personen abgeschafft, würde dies die sozialen, durch die Kirche unterstützten Angebote empfindlich treffen: «Wir müssen Dienstleistungen, die der Allgemeinheit dienen, radikal zusammenstreichen», sagt Peter Meier, Informationsbeauftragter der Reformierten Kirche Winterthur. Bütlerwörter Yves André Collet, Co-Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Zürich, lässt dies nicht gelten: «In anderen Kantonen können sich die Kirchen auch selbst finanzieren.»

Winterthur: Muss künftig im sozialen Bereich in Winterthur noch mehr gespart werden als aktuell durch das Sanierungspaket Effort1.4+? Die Antwort scheint ja zu lauten, sollten die Stimmbürger am 18. Mai zustimmen, im Kanton Zürich die Kirchensteuer für juristische Personen abzuschaffen. «Wir müssten die kirchlichen Dienstleistungen, die bisher der Allgemeinheit zugutegekommen sind, radikal zusammenstreichen», blickt Peter Meier vom reformierten Stadverband in Winterthur besorgt nach vorne. Die katholische Kirchensprecherin Claudia Sedoli pflichtet ihm bei: «Ohne die Steuerbeiträge der juristischen Unter-

nehmen stünden uns rund 70 Prozent weniger Gelder für all diese Angebote, die auch von nicht religiösen Menschen rege genutzt werden, zur Verfügung.» Eine Zahl, die auch Peter Meier bestätigt: «Rund ein Drittel ihrer gesamten Ausgaben lassen die Reformierten in den gemeinnützigen Bereich fliessen. Und nur für diesen Bereich dürfen die Kirchen Steuern von Firmen und Unternehmen laut Kirchengesetz verwendet werden.»

Lanciert wurde die Initiative von den Jungfreisinnigen im Kanton Zürich. 7000 Menschen haben sie unterschrieben. Grund: Im Kanton Zürich müssen Firmen Kirchensteuern bezahlen, obwohl sie in der Regel weder religiös sind noch innerhalb der Kirchgemeinde mitbestimmen können. Dies empfinden die Jungfreisinnigen als ungerecht: «Es geht um eine Trennung von Kirche und Staat», sagt der Winterthurer Yves André Collet, Co-Präsident der Jungfreisinnigen im Kanton Zürich. «Eine Ent-

rechnung von Staat und Religion ist gerade heute im Sinne von einem aufklärten modernen und neutralen Staat wichtig.» Seiner Ansicht nach sollen nur natürliche Personen Kirchensteuern bezahlen, die sich einer Kirche zugehörig fühlen und innerhalb von dieser auch die Dienstleistungen beziehen können. «Ein Unternehmen kann hingegen nicht getauft, verheiratet und beerdigt werden.» Und «stellen Sie sich vor, ein Muslim, ein Hindu oder ein Jude besitzen im Kanton



Yves André Collet Jungfreisinniger Kt. ZH

«Es geht um eine Trennung von Kirche und Staat.

Zürich eine Firma – sie alle müssen für die Landeskirchen Steuern bezahlen, obwohl sie selbst einer anderen Religionsgemeinschaft angehören.» Das Gewerbe würde jährlich um rund 100 Millionen Franken entlastet. Dies schaffe Kapazität für Investitionen und Arbeitsplätze.

Senioren und Jugend betroffen

«Die Abschaffung der Kirchensteuerpflicht für juristische Personen würde die Kirchen bis ins Mark treffen», so Peter Meier. Was heisst das konkret, wo müsste gespart werden? «Die reformierte Kirche ist auf vielen Feldern aktiv. Denken Sie an Notfall-, Gefängnis- und Spitalseelsorge, denken Sie an Kirchenkonzerte, Vorträge und Kurse, denken Sie an Mittagstische und Ferienlager, vergessen Sie aber auch nicht die Aktivitäten in der Senioren- und Jugendarbeit in jeder Kirchengemeinde.» Arbeiten, die auch die Katholiken verrichten. Claudia Sedoli ergänzte: «Darüber hinaus leisten wir finanzielle und personelle Beiträge an Projekte wie zum Beispiel das Altersforum Winterthur, die Gassenarbeit, den Treffpunkt Vogelsang für Armutsbetroffene, den Mittagstisch Shalom und vieles mehr.»

Falls die Initiative angenommen würde, «müssten wir unsere Beiträge massiv kürzen oder uns aus einzelnen Projekten zurückziehen, respektive sie aufgeben.» Es sei fraglich, ob dann die öffentliche Hand in der Lage wäre, diese Angebote aufrechtzuerhalten.

Stadt kann nicht übernehmen
Das wäre sie derzeit nicht. Auch die Stadtregierung empfiehlt, am 18. Mai nicht für eine Abschaffung der Steuer zu stimmen, wie Sozialvorsteher und Stadtrat Nicolas Galladé (SP) sagt: «Entfällt die Finanzierung durch die Landeskirchen, sind zahlreiche bewährte und beliebte Angebote in allen Stadtkreisen gefährdet. Denn die Stadt verfügt über keine finanziellen Mittel, diese Angebote selbst zu finanzieren.» Es habe sich in Winterthur bewährt, dass diverse Angebote im sozialen und gemeinnützigen Bereich «neben

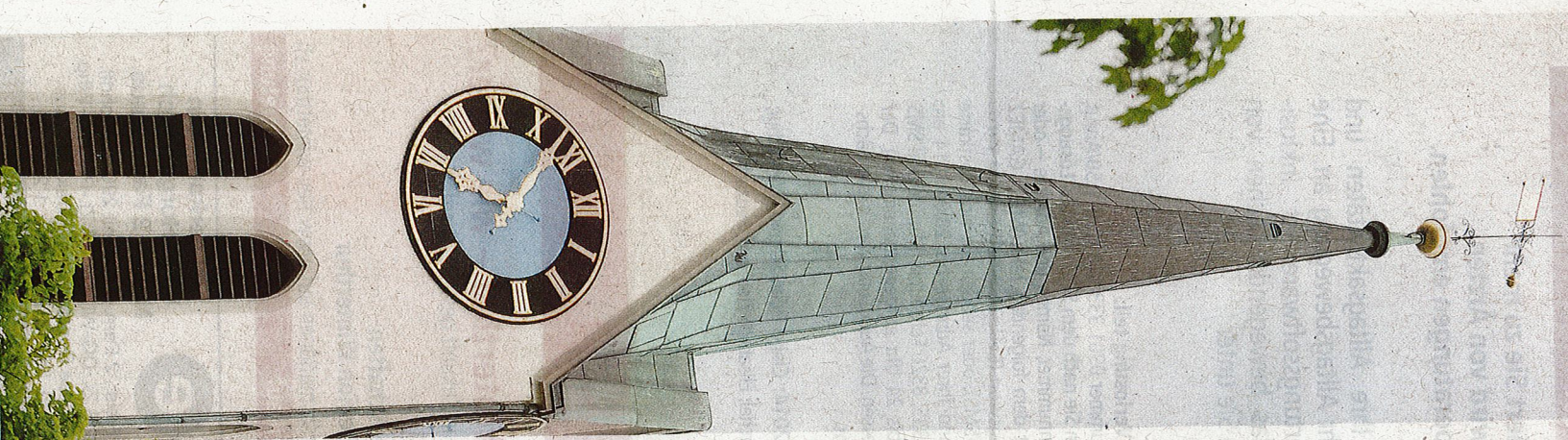
der Stadt auch durch Private, oftmals die Landeskirchen, finanziert oder mitfinanziert werden.»
Sollte die Stadt aber kein Interesse daran haben, dass Unternehmen weniger bezahlen, um auch den Standort attraktiver zu gestalten? Nicolas Galladé: «Aus Sicht der juristischen Personen ist der Anteil der Steuern, der den Kirchen zukommt, relativ gering. Für die Kirchen und die gesamte Gesellschaft werden damit aber eine Fülle von wichtigen Leistungen erbracht. Und zwar ausschliesslich für nicht religiöse Zwecke. Also für gemeinnützige, soziale, kulturelle oder Bildungsaufgaben, die für alle zugänglich sind.» Diese wichtigen Angebote kämen der gesamten Gesellschaft zugute. Und trügen damit zum sozialen Frieden und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei: «Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Aber eine wesentliche Voraussetzung, dass alle Menschen in Winterthur gut leben und auch Unternehmen und juristische Personen ein Umfeld und Voraussetzungen haben, in denen sie erfolgreich arbeiten können.»
Und Peter Meier gibt noch zu bedenken: «Die Übernahme bisher kirchlicher Aufgaben durch die öffentliche Hand würde zudem alle Steuerzahler belasten, nicht nur die Kirchenmitglieder.»

Andere Kantone als Vorbild

Die Jungfreisinnigen lassen die Argumentation, dass wegen der Kirchensteuer soziale Projekte verschwinden, nicht gelten, wie Yves André Collet sagt: «Wie in allen Organisationen macht auch bei der Kirche die Verwaltung einen grossen Ausgangsposten aus. Gerade hier besteht Sparpotenzial.» Zudem würden diverse andere Wohltätigkeitsorganisationen wie die Heilsarmee oder Freikirchen auch nicht durch den Staat finanziert und hätten alternative Finanzierungskonzepte gefunden. «Und», so der Co-Präsident, «in anderen Kantonen wie im Kanton Schaffhausen beispielsweise vermag sich die Kirche auch problemlos selbst zu finanzieren und die beschriebenen Leistungen nach wie vor zu erbringen.» Unternehmen würden mit ihren normalen Steuern bereits ihren Anteil am Wohl der Gesellschaft leisten. *Christian Saggese*

Weitere Informationen:

Heute Dienstag, 22. April, findet eine Podiumsdiskussion zu dieser Initiative statt, und zwar um 19.30 Uhr im Kirchengemeindehaus Wülflingen, Lindenplatz 14. Es sprechen unter anderem Yves André Collet, Co-Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Zürich, und Stadtrat Nicolas Galladé.



Die Abschaffung der Kirchensteuer hätte fatale Konsequenzen. Bild: hd.